

10. Wahlperiode

28.02.1986

## Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 10/450, 10/500, 10/650 und 10/761  
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986  
(Haushaltsgesetz 1986)

hier: Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Berichterstatter Abgeordnete Waltraud Lauer SPD

### Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 02 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Anlage

Datum des Originals: 28.02.1986/Ausgegeben: 03.03.1986

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.



BerichtA Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 02 wurde vom Hauptausschuß und teilweise vom Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung beraten. Die Ergebnisse sind in den beigehefteten Berichten - Vorlagen 10/302 und 10/303 - dargestellt.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Zum Beratungsverfahren bezüglich des Personaletats wird auf den Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986 - Drucksach 10/735 - verwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 27. Februar 1986 abschließend mit dem Einzelplan 02 befaßt. Er folgte den Änderungsempfehlungen des Hauptausschusses; der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hatte dem Entwurf des Einzelplans 02 unverändert zugestimmt. Darüber hinaus beschloß der Haushalts- und Finanzausschuß weitere Änderungen.

Die Fraktion der SPD beantragte,

bei Kapitel 02 010 Titel 422 10

die Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe A 16 von 19 um 2 auf 17 zu vermindern

und

die Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 von 10 um 2 auf 12 zu erhöhen.

Begründung

Stellenplankorrektur als Folge von unrichtigen Angaben im Haushaltsplan aufgrund von Übermittlungsfehlern (vgl. Seite 9 des Erläuterungsbandes zum Einzelplan 02 - Vorlage 10/227).

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

Die Fraktion der SPD beantragte, die Erläuterungen bei Kapitel 02 010 Titel 426 10 wie folgt zu ändern:

"- 1 Arbeiterstelle LG VI MTL bei gleichzeitigem Wegfall des kw-Vermerkes - Einsparung aus 1985 -"

#### Begründung

Stellenabsetzung als Folge des Wirksamwerdens eines kw-Vermerkes.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei mehreren Gegenstimmen und Enthaltungen der übrigen Fraktionen angenommen.

Die Fraktion der SPD beantragte,

bei Kapitel 02 010 Titel 426 10

3 Arbeiterstellen LG MTL IV (DA 05) abzusetzen

und

3 Arbeiterstellen LG MTL IV/III (DA 05) auszubringen.

#### Begründung

Korrektur einer im Haushaltsplan ausgewiesenen Stellenanhebung von Lohngruppe MTL III nach MTL IV in eine Hebung nach IV/III (entsprechend mündlichen Vortrags der Staatskanzlei am 21.1.1986 in der Kommission des Haushalts- und Finanzausschusses).

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

Die Fraktion der SPD beantragte,

bei Kapitel 02 020

Titel 541 00 - Beitrag des Landes zur 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin im Jahre 1987

den Ansatz von 500 000 DM um 150 000 DM auf 350 000 DM zu reduzieren.

### Begründung

Ansatzminderung als Deckung für ausgabenausweitende Anträge im Einzelplan 05 (Vorlage 10/308).

#### Wesentliches Diskussionsergebnis:

Der Sprecher der Fraktion der CDU richtete an die SPD-Fraktion die Frage, wie sie gerade diese Kürzung rechtfertige angesichts der Tatsache, daß für die 40-Jahr-Feier Nordrhein-Westfalens ein von der Opposition unbestritten hoher Betrag vorgesehen sei und die 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin auch im gesamtdeutschen Interesse von der SPD-Fraktion mitgetragen werde.

In der Antwort verwies der Sprecher der Fraktion der SPD auf die Benachteiligungen Nordrhein-Westfalens bei den Bundesergänzungszuweisungen und erklärte im übrigen, nach dem Schlüssel dieser Zuweisungen, der auch für die Finanzierungsanteile der Länder für die 750-Jahr-Feier maßgebend sei, bringe Nordrhein-Westfalen mit den verbleibenden 350 000 DM weitaus mehr als die anderen Länder.

Der Sprecher der Fraktion der F.D.P. erklärte, dieser Argumentation könne er nur folgen, wenn die Anteile des Landes Nordrhein-Westfalen an anderen Leistungen, die gegenüber anderen Bundesländern völlig überhöht seien, ebenfalls zurückgenommen würden, und vor allem die Gelder, die für bestimmte Maßnahmen ins Ausland gingen, ohne daß eine besondere landespolitische Nuance sichtbar sei, auch gekürzt würden. Da aber entsprechende Anregungen der F.D.P. von der SPD nicht akzeptiert worden seien, könne die F.D.P. dem Kürzungsantrag nicht zustimmen.

Der Antrag wurde schließlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

Die nachfolgend aufgeführten Anträge der Fraktionen der CDU und F.D.P. waren bereits im Hauptausschuß gestellt und dort abgelehnt worden. Bei den erneuten Antragstellungen im Haushalts- und Finanzausschuß bezogen die die Fraktionen im wesentlichen jeweils auf die im Hauptausschuß vorgetragenen Begründungen.

Die Fraktion der CDU beantragte,

bei Kapitel 02 010 Titel 422 10, 425 10 und 426 10

die im Haushaltsplanentwurf 1986 sowie in der Ergänzungs-

vorlage (Drucksache 10/500) für die Staatskanzlei neu ausgebrachten 26 Stellen zu streichen.

Wesentliches Ergebnis der Diskussion:

Der Sprecher der Fraktion der CDU brachte zum Ausdruck, daß bereits aufgrund der Strukturuntersuchungen des Landesrechnungshofes die Mehranforderungen an Stellen für die Staatskanzlei nicht gerechtfertigt seien. Bereits bei den Beratungen zu dem Haushalt 1984, der entgegen dem allgemeinen Trend für die Staatskanzlei 15 zusätzliche Stellen brachte, habe die CDU Kritik daran geübt, daß die Arbeitsplatzbeschreibungen und die Aufgabenzuweisungen in der Staatskanzlei nicht korrekt seien. Schließlich gäbe es die Möglichkeit interner Aufgabenverlagerungen, ohne daß deswegen die zusätzlichen Aufgaben der Staatskanzlei nicht erfüllt werden könnten. Bei besserer Koordinierung ließe sich die Aufgabenerfüllung auch bei Mehranforderungen durchaus sicherstellen.

Der Sprecher der Fraktion der SPD entgegnete, sowohl in der Kommission des Haushalts- und Finanzausschusses als auch im Hauptausschuß habe man sich sehr ausführlich mit dem Einzelplan beschäftigt. Dabei sei die Stellungnahme des Landesrechnungshofes ausführlich in die Beratungen einbezogen worden. An dem Aufgabenzuwachs in der Staatskanzlei werde seitens des Landesrechnungshofes keine Kritik geübt. Das Ergebnis der Beratungen im Hauptausschuß und in der Kommission zeige schließlich, daß es gelungen sei, unter Berücksichtigung der Bedenken des Landesrechnungshofes die Staatskanzlei sachgerecht mit Personal auszustatten.

Der Sprecher der Fraktion der CDU verdeutlichte die Haltung seiner Fraktion dahin, daß die CDU alle Mehranforderungen an Personal für die Staatskanzlei ablehne und damit in der Tendenz das Beratungsergebnis des Hauptausschusses, 9 Stellen zu streichen, akzeptiere.

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

Von dem Sprecher der Fraktion der F.D.P. wurde ein dem vorgenannten CDU-Antrag gleichlautender F.D.P.-Antrag für erledigt erklärt.

Die Fraktion der CDU beantragte,

bei Kapitel 02 010

Titel 531 10 - Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit)

den Ansatz um 517 000 DM auf 1 720 000 DM zu kürzen.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Zu der zuvor genannten Haushaltsstelle beantragte die Fraktion der F.D.P. eine Kürzung um 224 000 DM.

Dieser Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

Die Fraktion der CDU beantragte,

bei Kapitel 02 010

Titel 427 60 - Kosten für Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte

den Ansatz von 510 000 DM ersatzlos zu streichen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Zu der zuvor genannten Haushaltsstelle beantragte die Fraktion der F.D.P. eine Kürzung um 340 000 DM.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

Die Fraktionen der CDU und F.D.P. stellten deckungsgleiche Anträge,

den Ansatz

bei Kapitel 02 010

Titel 526 60 - Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge

von 400 000 DM um 295 000 DM zu kürzen.

Diese Anträge wurden mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

Die Fraktion der CDU beantragte,

bei Kapitel 02 010

Titel 812 00 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

den Ansatz von 157 000 DM um 90 000 DM auf 67 000 DM zu kürzen.

Dieser Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

Die Fraktion F.D.P. beantragte,

bei Kapitel 02 020

a) Titel 686 10 - Zuschuß für das NRW-Büro in Brüssel

den Haushaltsansatz von 800 000 DM und die Verpflichtungsermächtigung von 500 000 DM zu streichen

und

b) Titel 526 81 - Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge

den Ansatz um 1 000 000 DM zu kürzen.

Diese Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 02 unter Einbeziehung der Änderungsempfehlungen des Hauptausschusses der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss  
Vorsitzender





## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 02 - Ministerpräsident  
und Staatskanzlei

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Hauptausschusses

### Berichterstatter

Abgeordneter Elfring CDU

### Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -  
wird mit nachstehenden Änderungen angenommen.

32

Bericht

Der Einzelplan 02 wurde im Hauptausschuß in den Sitzungen am 15. Januar sowie am 5. und 20. Februar 1986 beraten. Dabei wurde dem Kapitel 02 610 - Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen - bereits am 15. Januar 1986 einstimmig zugestimmt.

Ergebnis der BeratungenPersonaltitel

Die Beratung des Personaletats des Einzelplan 02 stellte der Hauptausschuß am 15. Januar 1986 zurück, weil wenige Tage zuvor die Prüfungsfeststellungen des Landesrechnungshofs zur Staatskanzlei - Vorlage 10/237 - beim Landtag eingegangen waren und diese in die Beratungen einbezogen werden sollten. In seiner Sitzung am 5. Februar 1986 bat der Hauptausschuß sodann die Staatskanzlei um weitere Erläuterungen zum Einzelplan 02 des Haushaltsplanentwurfs 1986 unter Berücksichtigung dieser "Prüfungsfeststellungen zur Staatskanzlei" des Landesrechnungshofs. Darauf hin legte der Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen mit Datum vom 13. Februar 1986 die erbetene Stellungnahme - Vorlage 10/284 - vor. Er schlug hierin Änderungen des Landesrechnungshofs vor; demnach blieben 15 neue Stellenanforderungen gegenüber der ursprünglichen Einstellung von 27 neuen Planstellen und Stellen. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß diese Stellenzugänge allerdings absolut notwendig sind und der notwendige Bedarf auch nicht durch Stellenverlagerungen gedeckt werden könne.

In Konsequenz dieser Darlegungen stellte die Fraktion der SPD den Antrag,

bei Kapitel 02 010, Titel 422 10 - Streichung von 3 Planstellen A 13 h.D.,

Streichung von 1 Planstelle A 11,

Kapitel 02 010, Titel 425 10 - Streichung von 1 Angestelltenstelle VG Ia BAT,

Streichung von 1 Angestelltenstelle VG VIb BAT,

Kapitel 02 010, Titel 426 10 - Streichung von 2 Arbeiterstellen LG VI MTL II,  
Streichung von 1 Arbeiterstelle LG IV MTL II,

Kapitel 02 010, Titel 422 10 - Zugang von 1 Stelle für beamtete Hilfskraft A 15 (Abordnung),  
Zugang von 2 Stellen für beamtete Hilfskräfte A 14 (Abordnungen),  
Zugang von 1 Stelle für beamtete Hilfskraft A 11 (Abordnung),

Kapitel 02 010, Titel 425 10 - Zugang von 1 Leerstelle für Angestellte VG I BAT,

Kapitel 02 010, Titel 426 10 - Zugang von 1 Leerstelle für Arbeiter LG VI MTL II,

Kapitel 02 010, Titel 425 10 - Umwandlung 1 Angestelltenstelle für VG I BAT in 1 Angestelltenstelle VG Ia BAT,

Kapitel 02 010, Titel 425 10 - Streichung 1 Angestelltenstelle BAT III,  
Zugang 1 Angestelltenstelle BAT IV a ,

Der Sprecher der CDU-Fraktion wiederholte seine Bedenken gegen die Stellenvermehrung. Die vorgetragenen Gründe reichten für eine Personalvermehrung nicht aus, vielmehr könne mit dem jetzt vorhandenen Personal auch neuen Anforderungen begegnet werden. Eine Stellenvermehrung sei auch unter Berücksichtigung der Situation bei der Polizei und den Lehrern nicht vertretbar. Er stelle daher für seine Fraktion den Antrag auf Streichung der zusätzlichen Stellenanforderungen.

Diesem Antrag der CDU-Fraktion schloß sich der Sprecher der F.D.P.-Fraktion an.

Die Anträge der Oppositionsfraktionen wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD angenommen.

## Sachtitel

- a) Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei  
 Titel 531 10 - für Aufgaben des Landespresse- und  
 Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit)

Die CDU-Fraktion beantragte,  
 den Ansatz von 2 237 200 DM  
 zu kürzen um 517 000 DM  
 auf 1 720 200 DM.

Die Ausgaben des Ministerpräsidenten für Öffentlichkeitsarbeit sollten das Doppelte des für den Landtag veranschlagten Betrags nicht übersteigen.

Dieser Antrag wurde mit der Mehrheit der Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Die F.D.P.-Fraktion beantragte,  
 den Ansatz von 2 237 200 DM  
 zu kürzen um 224 000 DM  
 auf 2 013 200 DM.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

- b) Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei  
 Titel 812 00 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und  
 Ausrüstungsgegenständen

Die Fraktion der CDU beantragte,  
 den Ansatz von 157 000 DM  
 zu kürzen um 90 000 DM  
 auf 67 000 DM.

Zur Bergündung verwies sie auf ihre Haltung zur Anforderung neuer Planstellen und Stellen im Einzelplan 02. Da kein Bedarf für die Einrichtung neuer Stellen bestünde, müßten

auch die mit der Einrichtung verbundenen Sachausgaben entfallen.

Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

- c) Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei  
 Titel 427 60 - Kosten für Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte

Die Fraktion der CDU beantragte die Streichung des Ansatzes von 510 000 DM.

Nachdem mit den Stimmen der SPD-Fraktion eine Personalvermehrung der Staatskanzlei beschlossen wurde, könne die Oppositionsfraktion diesen Haushaltsansatz nicht zustimmen, der nunmehr überflüssig erscheine und indirekt einer weiteren personellen Verstärkung gleichkomme.

Die Fraktion der F.D.P. beantragte die Kürzung des Ansatzes um 340 000 DM. Nach ihrer Auffassung sind die Kosten für Gutachten, Forschungsaufträge usw. im Haushaltsplan 1986 überproportional angehoben worden, ohne daß ein Konzept erkennbar wäre, auf welchen Gebieten die Landesregierung besonderer wissenschaftlicher Beratung bedarf. Anstelle einer konzeptionslosen Erhöhung dieser Mittel sollte nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion der Wissenschaftshaushalt gezielt verstärkt werden.

Beide Anträge wurden mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD abgelehnt.

- d) Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei  
 Titel 526 60 - Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge

Die Fraktionen der CDU und der F.D.P. beantragten,

den Ansatz von 400 000 DM  
 zu kürzen um 295 000 DM  
 auf 105 000 DM.

Zur Begründung führte die Fraktion der CDU auf, der Mehrbedarf von fast 300 % sei nicht nachgewiesen. Auf den Widerspruch im Rahmen der Begründung zu Titel 427 60 sei hinzuweisen: Dort werde die Ausgabenerhöhung bezüglich der Sachverständigen-Beauftragung damit gerechtfertigt, daß es auf diese Weise möglich sei, auf die Vergabe umfangreicher Gutachten zu verzichten.

Mit dieser Begründung lasse sich eine Ausgabensteigerung bei den Gutachtenkosten nicht vereinbaren.

Die Fraktion der F.D.P. führte aus, die Kosten für Gutachten, Forschungsaufträge usw. seien im Haushaltsplan 1986 ohne erkennbares Konzept stark erhöht worden. Die einzusparenden Mittel sollten dem Wissenschaftshaushalt zugute kommen.

Beide Anträge wurden mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD abgelehnt.

e) Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen  
 Titel 523 00 - Ergänzung und Unterhaltung der  
 Bibliothek der Landesregierung

Die von der SPD-Fraktion beantragte Erhöhung  
 des Ansatzes von 144 000 DM  
 um 10 000 DM  
 auf 154 000 DM

wurde einstimmig beschlossen.

- f) Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen  
 Titel 539 00 - Staatspreise Nordrhein-Westfalen

Die von der SPD-Fraktion zur Deckung der Mehrausgaben bei  
 Titel 523 00 beantragte Kürzung

des Ansatzes von	60 000 DM
um	10 000 DM
auf	50 000 DM

wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

- g) Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen  
 Titel 686 10 - Zuschuß für NRW-Büro in Brüssel

Die Fraktion der F.D.P. beantragte die Streichung des  
 Haushaltsansatzes von 800 000 DM, da eine spezielle  
 Intressenvertretung des Landes bei der Kommission in  
 Brüssel nach ihrer Ansicht weder erforderlich noch in  
 dem anvisierten Rahmen mit Aussicht auf Effizienz möglich  
 sei. Aus gleichem Grunde solle die Verpflichtungsermäch-  
 tigung über 500 000 DM entfallen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion und  
 der Fraktion der CDU abgelehnt.

- h) Zur Änderung

der Titelgruppe 71 - Maßnahmen des Ministerpräsidenten für  
 die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

stellte die Fraktion der SPD den Antrag

1. beim Haushaltsvermerk hinter Ziffer 5 als neue Ziffer 6 einzufügen:

6. "Ausgaben aus Titel 541 71 und Titel 684 71  
 (neu) sind gegenseitig deckungsfähig".



2. Der Ansatz bei Titel 541 71 - Durchführung einer Landesausstellung "Nordrhein-Westfälische Entwicklungszusammenarbeit"

wird um 100 000 DM

auf 100 000 DM gekürzt (Zugunsten des unter 3. neugeschaffenen Titels 684 71).

In Spalte 3 ist entsprechend als neuer Ansatz 1986 einzutragen: 100 000 DM,

in Spalte 4. ergibt sich keine Änderung,

in Spalte 5. ergibt sich ein Weniger von 185 000 DM.

3. Hinter Titel 681 71 wird eingefügt:

68471, Kennziffer 023 - Entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Der Ansatz für 1986 beträgt 100 000, entsprechend ist in Spalte 5. einzutragen: + 100 000.

4. Auf Seite 39 sind die Erläuterungen zu Titel 684 71 wie folgt zu fassen:

Veranschlagt sind Zuschüsse für Seminare, insbesondere Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsveranstaltungen zum Thema Dritte Welt.

Bei Begründung und Erläuterung dieses Antrages zu Titelgruppe 71 stellte der Sprecher der Fraktion der SPD noch einmal heraus, daß es sich lediglich um eine Präzisierung der Titelgruppe ohne Mittelaufstockung handele. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

- i) Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen  
 Titel 526 81 - Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge

Die Fraktion der F.D.P. beantragte,  
 den Ansatz von 2 145 000 DM  
 zu kürzen um 1 000 000 DM  
 auf 1 145 000 DM.

Unter Hinweis auf ihre Begründung zu den Kürzungsanträgen bei den übrigen Ansätzen für Gutachten und Forschungsaufträge will die F.D.P.-Fraktion auch die hier bezweckte Einsparung dem Wissenschaftshaushalt zufließen lassen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

- k) Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung  
 Titel 684 20 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit

Die Fraktion der SPD beantragte,  
 den Ansatz von 4 300 000 DM  
 zu erhöhen um 1 300 000 DM  
 auf 5 600 000 DM.

Mit dieser Erhöhung werde der Mittelansatz des Vorjahres beibehalten. Eine weitere Kürzung sei im Bereich der politischen Bildungsarbeit nicht mehr vertretbar.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion angenommen.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Farthmann  
 Vorsitzender

C 1

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

21.02.1986

10. Wahlperiode

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**10/303**

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 02 - Ministerpräsident  
und Staatskanzlei

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung

Berichterstatter Abgeordneter Hegemann CDU

Beschlußempfehlung

Dem Entwurf des Einzelplans 02 wird unverändert zugestimmt.

Bericht

## Allgemeines

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat die in seine Zuständigkeit fallende Titelgruppe 70 des Kapitels 02 020 - Landesentwicklungsprogramm, Landesentwicklungsbericht - am 22. Januar und 19. Februar 1986 beraten.

Ergebnis der Beratungen

Der Ausschuß stimmte den Ansätzen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zu.

Hegemann

Vorsitzender